Amtsblatt

Ausgabe A
(mit Öffentl. Anzeiger)

Der Preussischen Regierung in Breslau mit Öffentlichem Anzeiger

Stück 41

Ausgegeben Breslau, den 10. Oktober

1936

Inhalt: 1. Inhalt der Nr. 82, 83, 84 Teil I des Reichsgesetzblattes. S. 231. — 2. Inhalt der Nr. 20, 21 der Preuß. Gesetzsammlung. S. 231. — 3. Verordnungen und Bekanntmachungen: c) des Oberpräsidenten: Polizeiverordnung wegen Abänderung der für den Umfang der Provinz Niederschlesien erlassenen Polizeiverordnung über die Ausübung des Schieß-Sports vom 22. September 1930 (Reg.-Amtsblatt Breslau 1930 S. 304. Reg.-Amtsblatt Liegnitz 1930, S. 161.). S. 231. — d) des Regierungspräsidenten: Sonntagsruhe im Barbier- und Friseurgewerbe des Stadtbezirks Frankenstein (Schlesien). S. 232. — Verlegung einer Wettannahme-Nebenstelle. S. 232. — Sagung der Drängenossenschaft Groß-Böllnig, Kreis Dels. S. 232. — f) des Polizeipräsidenten in Breslau: Neubenennung von Straßen. S. 232. — Fundfachen. S. 233. — g) anderer Behörden: Verlegung eines Weges. S. 233. — Umgliederung von Parzellen im Kreise Ranslau. S. 233. — Anordnung des Kartoffelwirtschaftsverbandes Schlesien betr. Verbrauchserhöchtpreise für Speisekartoffeln im Regierungsbezirk Breslau. S. 234. — 4. Personalmeldungen. S. 234.

1. Inhalt des Reichsgesetzblattes.

Teil I.

720. Die Nummer 82 enthält:

Fünfte Verordnung über den Aufbau der Reichsluftfahrtverwaltung, vom 8. September 1936.

721. Die Nummer 83 enthält:

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Ausübung des Gnadenrechts für die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes, vom 10. September 1936;

Zweite Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, vom 10. September 1936;

Verordnung über die Einführung des preussischen Gesetzes über baupolizeiliche Zuständigkeiten im ehemals preussischen Gebietsteil des Saarlandes, vom 28. August 1936;

Verordnung über die Aufhebung der Gerichtswachmeistergebühren in Hessen, vom 10. September 1936;

Verordnung über eine Sonderhilfe für langfristige Kurzarbeiter in der Textilindustrie, vom 12. September 1936;

Fünfte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten sowie

Siebente Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Zinsermäßigung bei den öffentlichen Anleihen, vom 13. September 1936;

Sechste Verordnung über die von den Trägern der Invaliden- und der Unfallversicherung an die Deutsche Reichspost zu zahlende Vergütungen, vom 14. September 1936.

722. Die Nummer 84 enthält:

Dritte Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes, vom 11. September 1936;

Verordnung über die Verwaltung der Bürgersteuer im hamburgischen Staatsgebiet, vom 16. September 1936;

Verordnung über den Möbelfernverkehr, vom 17. September 1936;

Verordnung über Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz (Ausgleichsteuer), vom 18. September 1936;

•Verordnung zur Einführung der Beförderungssteuer im Werkfernverkehr, vom 21. September 1936;

Vorläufige Durchführungsbestimmungen zum Gesetz zur Änderung des Beförderungssteuergesetzes, vom 2. Juli 1936 (Beförderungssteuer beim Güter- und Werkfernverkehr), vom 21. September 1936;

Bekanntmachung über die Ausprägung von Reichsilbermünzen im Nennbetrage von 5 Reichsmark, vom 19. September 1936.

2. Inhalt der Preuß. Gesetzsammlung.

723. Die Nummer 20 enthält unter:

Nr. 14 345. Polizeiverordnung, betreffend Ergänzung der Polizeiverordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Mangelsruben und Waschküchen vom 12. Dezember 1935 (Gesetzsamml. S. 160), vom 18. August 1936;

Nr. 14 346. Polizeiverordnung über Einrichtung und Betrieb von Getränkegeschänkanlagen, vom 1. September 1936;

Nr. 14 347. Verordnung zur Durchführung des Artikels I § 2 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels in der Stadt Frankfurt a. M., vom 8. September 1936.

724. Die Nummer 21 enthält unter:

Nr. 14 348. Verordnung zur Änderung der Erdölverordnung, vom 11. September 1936.

3. Verordnungen und Bekanntmachungen

c) des Oberpräsidenten.

725. Polizeiverordnung wegen Abänderung der für den Umfang der Provinz Niederschlesien erlassenen Polizeiverordnung über die Ausübung des Schießsports vom 22. September 1930. (Reg.-Amtsblatt Breslau 1930 S. 364. Reg.-Amtsblatt Liegnitz 1930 S. 161.)

Auf Grund der §§ 14, 24—39 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (GGG. S. 77) wird

mit Zustimmung des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern für den Umfang der Provinz Niederschlesien folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

§ 4 der Polizeiverordnung über die Ausübung des Schießsports vom 22. September 1930 wird wie folgt abgeändert:

Jugendlichen, d. h. Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren, kann die Ortspolizeibehörde jederzeit widerrechtlich das Schießen auf polizeilich genehmigten Schießständen gestatten, wenn es unter Leitung von fachkundigen Erwachsenen, über deren Geeignetheit die Ortspolizeibehörde entscheidet, stattfindet.

§ 2.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft und am 31. Dezember 1939 außer Kraft.

Breslau, 22. 8. 1936. D. P. I. A. 2. 6. Nr. 42.

Der Oberpräsident für die Provinz Niederschlesien.

d) des Regierungspräsidenten.

726.

Bekanntmachung.

Sonntagsruhe im Barbier- und Friseurgewerbe des Stadtbezirks Frankenstein (Schlesien).

1. Unter Abänderung des Abschnitts A e Abs. 1 der Bekanntmachung vom 19. März 1895, betr. die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe (Reg. Amtsbl. Seite 223) bestimme ich auf Grund des § 105 c der Reichs-Gewerbeordnung, daß in der Stadt Frankenstein (Schles.) Arbeiter und Angestellte im Barbier- und Friseurgewerbe an allen Sonn- und Festtagen zur Vorbereitung von öffentlichen Theateraufführungen und Schauspielen, sowie zur Ausübung von Hochzeitsfrisuren, ferner an den Verkaufs-Sonntagen gem. § 105 b Abs. 2 G. O., während der für den Einzelhandel freigegebenen Zeit, sowie am 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag von 8—11 Uhr mit allen vorkommenden Arbeiten im Friseurgewerbe beschäftigt werden können.

In Fällen, in denen ein gesetzlicher Feiertag auf einen Sonnabend oder Montag fällt, ist die Beschäftigung an einem der beiden Sonn- und Festtage von 8—11 Uhr, und in Fällen, in denen 3 Sonn- und Festtage zusammenfallen, an dem ersten und dritten dieser Tage von 8—11 Uhr zulässig.

2. Gleichzeitig bestimme ich gem. § 41 b der G. O., daß in der Stadt Frankenstein im Barbier- und Friseurgewerbe an den Sonn- und Festtagen auch von den Inhabern und deren Familienangehörigen ein Betrieb nur insoweit ausgeübt werden darf, als nach Abschnitt 1 eine Beschäftigung von Arbeitern zulässig ist.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Breslau, 30. 9. 1936.

G. A. 2 (a).

Der Regierungspräsident.

727. Auf Antrag des behördlich zugelassenen Buchmachers Herrn Heinrich Schulz hier, habe ich die Verlegung seiner Weltannahme-Nebenstelle I, Viktoria-

straße 110 — Leiter Buchmachergehilfe Franz Nieder — nach der Viktoriastraße 111 genehmigt.

Breslau, 3. 10. 1936.

L. 6. VI. Nr. 1083.

Der Regierungspräsident.
Landwirtschaftliche Abteilung.

728.

Bekanntmachung.

Die Satzung der Drängengenossenschaft Groß-Zöllnig, Kreis Dels, ist heute von mir gemäß § 270, Abs. 3, des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (Ges. = S. S. 53) genehmigt worden. Die Genossenschaft bezweckt nach dem allgemeinen Plane des Kulturingenieurs Georg Thalheim in Dels vom 10. Juli 1935 die Entwässerung von Grundstücken und die Unterhaltung von Entwässerungsanlagen.

Der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung unterliegen folgende Punkte:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter (§ 7);
2. die Wahl der außer dem Vorstände der Schaukommission angehörenden Mitglieder (§ 22);
3. die Festsetzung der dem Vorsteher, dem Genossenschaftstechniker und dem Rechner zu gewährenden Entschädigung (§ 6);
4. die Wahl der Schiedsrichter und ihrer Stellvertreter (§ 25);
5. die Aufstellung des Haushaltsplanes und die Feststellung und Entlastung der Rechnung (§ 11);
6. die Abänderung der Satzung nach § 275 Absatz 1, 2, 3 des Wassergesetzes;
7. die Auflösung der Genossenschaft.

Die Aufsichtsbehörde beruft die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Mitgliederversammlung. Die weiteren Mitgliederversammlungen sind durch den Vorstand anzusetzen. Die Einladung zu den Mitgliederversammlungen erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch das für die öffentlichen Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmte Blatt und außerdem durch ortsübliche Bekanntmachung in den Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder teilweise angehört. Auswärtige Genossen werden besonders geladen. Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen. Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind vom Genossenschaftsvorsteher zu beurkunden.

Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen. Die für die Richtigkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt des Kreises Dels aufgenommen, sofern nicht die ortsübliche Bekanntmachung allein durch die Genossenschaftssatzung vorgeschrieben ist.

Breslau, 2. 10. 1936. L. 7. VII. Nr. 2269/VIII.

Der Regierungspräsident.
Landwirtschaftliche Abteilung.

f) des Polizeipräsidenten

in Breslau.

729.

Bekanntmachung.

- Ich ändere die nachstehend unter a) genannten Straßenbezeichnungen und benenne die unter

b) angeführten Straßen wie folgt:
(die hinter den Straßen angegebene Zahl bezeichnet das für die Straße zuständige Polizei-Revier)

a)

1. Die Neue Adalbertstraße zwischen Michaels- und Pinderstraße in

„Adalbertstraße“ (4),

2. die Elsa-Brandström-Straße in

„Elsa-Brandström-Straße“ (27),

b)

3. im Ortsteil Breslau-Hartlieb, die von der Eisenbahnlinie ab Herschelstraße in östlicher Richtung an dem Rennbahngelände und den Kasernenneubauten bis zur Stadtgrenze entlangführende Straße zu Ehren des Heerführers im Weltkriege, Generalfeldmarschall von Mackensen,

„Mackensenstraße“ (19),

4. ebenda, die südlich der Schwindstraße bis zur Straße 111 verlaufende Straße 110

„Defreggerstraße“ (19),

5. im Ortsteil Breslau-Kleinburg, die im Raume der Hohenzollernstraße, Eichenallee, Loh- und Jaenickestraße neu angelegte Straße Nr. 176

„Friedrich-Rückert-Straße“ (19),

6. ebenda, die Straße 177

„Platenstraße“ (19),

7. ebenda, die Straße 178

„Kovalisstraße“ (19),

8. ebenda, die Straße 179

„Drostestraße“ (19),

9. ebenda, die Straße 180

„Hölberlinstraße“ (19),

10. im Ortsteil Breslau-Gräbchen, den südlich der Küstrasserstraße parallel zur Weddigenstraße verlaufenden Straßenzug 146

„Admiral von Hipper-Straße“ (21),

11. im Ortsteil Breslau-Pilsnitz, den Verbindungsweg zwischen der Pilsnitzer Straße und der Pilsnitzer Mühle

„An der Pilsnitzer Mühle“ (27),

12. ebenda, den nördlich der Pilsnitzer Straße zwischen der Erinnerungstafel „Friedrichslinde“ und der Einmündung der Woyrschstraße in die Pilsnitzer Straße verlaufenden Straßenzug

„Am Wiefengrunde“ (27),

13. im Ortsteil Breslau-Rosenthal, die südlich der Mühlstraße verlaufende Seitenstraße

„Hochkircher Straße“ (9),

14. im Ortsteil Breslau-Carlowitz, die zwischen der Konstantin-Schuler-Straße und „Am Mühlen-grunde“ gelegene Straße 43

„Hans-Schemm-Straße“ (9),

15. ebenda, die von der Gallwitzstraße in westlicher Richtung verlaufende Verbindungsstraße

„Mittmannweg“ (9),

16. im Ortsteil Breslau-Cawallen, den nördlich der Eisenbahnlinie bis zur Cawallenstraße verlaufenden Verbindungsweg 52

„Angerburger Straße“ (9),

17. im Ortsteil Breslau-Scheitnig, den in östlicher Verlängerung der Rospothstraße verlaufenden Straßenzug, ebenfalls

„Rospothstraße“ (4),

18. ebenda, den in östlicher Verlängerung der Reuterstraße verlaufenden Straßenzug, ebenfalls

„Reuterstraße“ (4).

Breslau, 1. 10. 1936.

III. 12⁰¹.

Der Polizeipräsident.

730.

Gefunden:

Am 13. 9. 1936: 1 Damenfahrrad; 15. 9.: 1 Herrenfahrrad; 16. 9.: 2 Fahrraddecken; 19. 9.: 1 Damenarmbanduhr; 22. 9.: 1 Herrenfahrrad; 23. 9.: 1 Kinderdreirad; 24. 9.: 1 Füllhalter, 1 Anhänger Kreuzform, 1 Blusenanhänger; 1 Herrenfahrrad; 25. 9.: 1 Herrenfahrrad, 1 Portemonnaie, 1 Armbanduhr; 26. 9.: ein Herrenfahrrad, 1 Paar Herrenschuhe, 1 Brille, Kinderpulllover, 1 Damenfahrrad, 1 Rolle Kleiderstoff pp., 1 Brille; 27. 9.: 1 Portemonnaie, 1 Damenhandtasche, 1 Damenschirm, 1 Klappstuhl, 1 Herrenrad, 1 Anhänger, 1 Armbanduhr, 1 Faustball; 28. 9.: 1 Schutz-hose, 1 Handkoffer, 1 Herrenfahrrad, 1 Herrenuhrkette, 1 Armbanduhr, 1 Trauring, 1 Bund Schlüssel; 29. 9.: 1 Herrenfahrrad, 1 Armbanduhr, 1 Portemonnaie, 1 Damenschirm, 1 Jackett, 1 Aktentasche, 1 Partei-abzeichen; 30. 9.: 1 Rucksack, 1 Fahrradrahmen, ein Koffer, 1 Herrenfahrrad, 1 Portemonnaie; 1. 10.: 1 Geldbetrag, 1 Herrenfahrrad.

Zugeflogen:

1 Kanarienvogel, Herdainsstraße 82, b. Kassera.

Am die Berklerer ergeht die Aufforderung, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres schriftlich oder mündlich im Fundamt des Polizeipräsidenten, Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 5/7, Erdgeschöß, zu melden.

Breslau, 2. 10. 1936.

V.

Der Polizeipräsident — Fundamt.

g) anderer Behörden.

731.

Wegverlegung.

Das Hauptzollamt in Waldenburg (Schles.) hat bei mir den Antrag gestellt, den Teil des Weges Neudorf—Landesgrenze, der hinter dem neuen Zollamtsgrundstück in Göhlenau vorbeiführt, zu verlegen. Ein neuer Verbindungsweg nach der Zollstraße soll an der Nordwestseite des Grundstücks geschaffen werden.

Ich bringe dieses Vorhaben hiermit zur öffentlichen Kenntnis und fordere auf, etwaige Einsprüche binnen vier Wochen bei mir geltend zu machen, widrigenfalls solche ausgeschlossen werden.

Eine Zeichnung über die geplante Wegeverlegung liegt im Amtsbüro zur öffentlichen Einsicht aus.

Am-Göhlenau, 3. 10. 1936.

1474.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

732.

Entscheidung.

Auf Grund der §§ 13 und 15 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (RGBl. I S. 45) in Verbindung mit § 36 der 1. Verordnung zur Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung werden hiermit mit Wirkung vom 1. November 1936 ab folgende Grenzänderungen ausgesprochen:

a) In den Gemeindebezirk Groß Marchwitz werden die bisher zur Gemeinde Neu Marchwitz gehörenden Parzellen

Kartenblatt 7, Nr. 133, in Größe von 0,38,30 ha,
Kartenblatt 8, Nr. 157/109, in Größe

von 0,05,49 ha,

zusammen: 0,43,79 ha,

b) In den Gemeindebezirk Windisch Marchwitz wird die bisher zur Gemeinde Groß Marchwitz gehörende Parzelle

Kartenblatt 9, Nr. 104, in Größe von 0,03,50 ha, ungemündet.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1936 tritt in den

ungemeindeten Teilen das Ortsrecht von Groß Marchwitz bzw. Windisch Marchwitz in Kraft.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

Namslau, 23. 9. 1936.

I. A. 60.

(Siegel.)

Der Landrat.

4. Personalnachrichten.

733. Im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau sind zu befehen durch den Oberlandesgerichtspräsidenten:

eine Justizoberwachmeisterstelle bei dem LG. Breslau.

201 I—14—18 Heft.

734.

Anordnung des Kartoffelwirtschaftsverbandes Schlesien

betr.: Verbraucherhöchstpreise für Speisekartoffeln im Regierungsbezirk Breslau.

Auf Grund des Abschnittes A, Ziffer 6, der Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Kartoffelwirtschaft, betr. Bestimmungen über das Kartoffelwirtschaftsjahr 1936/37, vom 24. August 1936 (RNBl. S. 427) und des § 9, Absatz 2 der Satzung der Kartoffelwirtschaftsverbände vom 9. Mai 1935 (RNBl. S. 251) ordne ich mit Zustimmung der Preisüberwachungsstelle Breslau und mit Genehmigung der Hauptvereinigung für die Monate Oktober und November 1936 folgende Verbraucherhöchstpreise für Speisekartoffeln an:

a) In Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohner:

Bei zentnerweiser Abgabe ab Waggon oder Lager für		Bei zentnerweiser Abgabe an den Kleinverteiler frei Keller für		Bei zentnerweiser Abgabe an den Verbraucher frei Keller für		Bei 10-pfundweiser Abgabe an den Verbraucher für	
weiße, rote und blaue Sorten	gelbe Sorten	weiße, rote und blaue Sorten	gelbe Sorten	weiße, rote und blaue Sorten	gelbe Sorten	weiße, rote und blaue Sorten	gelbe Sorten
R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.
—,—	—,—	2,70	3,—	2,80	3,10	0,33	0,36
b) In Städten von 10 000—100 000 Einwohner einschl. Industriegemeinden und Kurorten, sowie Gottesberg, Fellschammer und Rothenbach:							
2,45	2,75	2,60	2,90	2,70	3,—	0,32	0,35
c) In Städten unter 10 000 Einwohner, sowie Orten, in denen die Speisekartoffelversorgung überwiegend durch Verteiler erfolgt:							
2,35	2,65	2,45	2,75	2,55	2,85	0,30	0,33
d) Auf dem flachen Lande und in Orten, in denen die Belieferung der Verbraucher überwiegend durch Erzeuger erfolgt:							
—,—	—,—	—,—	—,—	2,45	2,75	—,—	—,—

Der Höchstpreis für die Sorte Juli (Nieren) darf die für die einzelnen Ortsklassen festgesetzten Höchstpreise für gelbe Sorten um nicht mehr als 1,00 RM. je Ztr. übersteigen.

Für die Sorten „Frühe Hörnchen“ und „Lannenzapfen“ (rote Mäuse) sind nach der Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Kartoffelwirtschaft vom 24. August 1936 (RNBl. Nr. 79 v. 26. 8. 1936) Zuschläge bis zu 2,— RM. je Ztr. zulässig.

Die Anordnung tritt mit der Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt in Kraft.

Bei Überschreitungen der festgesetzten Höchstpreise können nach § 1 der Verordnung über Ordnungsstrafen

bei Überschreitung von Preisfestsetzungen für Lebensmittel vom 4. September 1935 (RNBl. I, S. 1136) in der Fassung der Zweiten, Dritten und Vierten Verordnung über Ordnungsstrafen bei Überschreitungen von Preisfestsetzungen für Lebensmittel vom 5. Dezember 1935 (RNBl. I, S. 715) durch die Preisüberwachungsstelle Ordnungsstrafen bis zu RM. 1.000.— für jeden Fall der Zuwiderhandlung ausgesprochen werden.

Breslau, 3. 10. 1936.

Der Vorsitzende
des Kartoffelwirtschaftsverbandes Schlesien.
Pohl.